

## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

### Länderklausel verhindert CO<sub>2</sub>-Verpressung nicht:

## Carstensen täuscht die Bevölkerung

Nr. 472.11 / 06.09.2011

Zum Rechtsgutachten von BUND und Greenpeace zum CCS-Gesetz erklärt der energiepolitische Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Detlef Matthiessen**:

Das Rechtsgutachten bestätigt unsere Einschätzung: Die von der Landesregierung so hoch gelobte Länderklausel ist nicht belastbar. Das Gesetz erlaubt keinen generellen, dauerhaften Ausschluss der gesamten Landesfläche von einer CO<sub>2</sub>-Verpressung. Die Landesregierung muss für jede einzelne potentielle Speicherstätte rechtssicher die Eignung ausschließen. Ein möglicher Speicher-Betreiber kann die Nichteignung beklagen. Die schleswig-holsteinische Landesregierung agiert dagegen nur halbherzig. Sie will neue Kohlekraftwerke bauen und dafür die CCS-Technologie nutzen, gleichzeitig aber im eigenen Land nichts davon wissen.

Mit ihren Versprechungen gegenüber den nordfriesischen CCS-Kritikern vorbelastet, blieb der Landesregierung gar nichts anderes übrig, als das wiederholte Scheitern dennoch als Erfolg zu verkaufen: das Trugbild von der angeblich sicheren Länderklausel war geboren. Damit täuscht Carstensen die Bevölkerung. Wenn die Landesregierung es ernst meint mit der Sicherheit von Mensch und Natur, dann gibt es nur eine Lösung: sie muss das CCS-Gesetz im Bundesrat ablehnen.

Die Verpressung von CO<sub>2</sub> in den Festlandsockel und der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) der Nordsee ist ausdrücklich erlaubt, zuständig ist allein der Bund. Schleswig-Holstein kann nicht verhindern, dass verpresstes CO<sub>2</sub> sich bis in die Grundwasserschichten von Nordfriesland ausbreiten kann. Energiekonzerne, die neue Kohlekraftwerke bauen wollen, werden die CCS-Technologie weiterverfolgen. Sie ist das Alibi, um diese Klimakiller doch noch gegenüber der Bevölkerung durchzudrücken. Wir fordern deshalb, dass Deutschland genau wie Österreich ein Verbotsgesetz für die CO<sub>2</sub>-Verpressung verabschiedet. Für die notwendige Energiewende wird CCS nicht gebraucht.